

Monatsspiegel

Mai 2006



Adressaufkleber

SPD

Erlangen

Quo vadis SPD?

von Renate Schmidt (MdB)

Quo Vadis – SPD? Im April hat uns die Nachricht ereilt, dass Matthias Platzeck als Vorsitzender der Bundes-SPD zurückgetreten ist, es war ein Rücktritt, der nahezu von allen bedauert wurde und dessen Art klargemacht hat, dass Matthias Platzeck für einen Stil des Anstands und der persönlichen Moral in der Politik steht. Als Nachfolger – hoffentlich für viele Jahre – steht Kurt Beck, der Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz zur Verfügung. .

Ich kenne und schätze Kurt Beck sehr und gehe davon aus, dass mit ihm die SPD ein Gesicht bekommt, das für klare Linien in der Partei steht, das aber auch – und das finde ich besonders wichtig – deutlich auf das Herz der Bürgerinnen und Bürger zielt. Ich kann mir gut vorstellen, dass Beck durch seine menschliche Art der SPD zu einem bürgerfreundlichen Image verhelphen wird.

Was unsere SPD braucht sind Menschen, mit denen sie sich identifizieren kann, die der SPD-Politik ein Gesicht geben. So kann es uns dann auch gelingen, Erfolge bei den Menschen und bei den kommenden Wahlen zu erreichen. Allein eine ausgefeilte Programmatik genügt in der heutigen Zeit nicht mehr, um Politik zu machen. Wir brauchen Personen, die sie glaubhaft vertreten und die sich mit der Politik identifizieren können. Wir brauchen aber auch ein besseres Marketing für unsere Politik. Das umfasst ein einerseits eine gelungene Koordination der Themensetzungen aber auch der Koordinierung, wann und von welchen unserer Politiker ein Thema publik gemacht wird.

Die SPD hat sich in den vergangenen Monaten gerne als Vorreiter negativer Ideen profiliert, wie das voreilige Vorpreschen von Franz Müntefering bei der Rente mit 67. Eine wahrscheinlich

unumgängliche Notwendigkeit, die aber eingebettet werden muss in Arbeitsmöglichkeiten für Ältere und nicht ohne ausreichende Diskussion einfach nach dem Motto „Friss Vogel oder stirb“ auf den Tisch gelegt werden kann.

Muss im Übrigen die SPD den Vorreiter für dieses Thema spielen, während sich die Unionsparteien um beliebtere und „bürgerfreundlichere“ Themen kümmern wie der Familienpolitik.

Hier sind wir bei einem Thema, wo meines Erachtens zu Beginn der Legislaturperiode durch die SPD-Spitze eine falsche Strategie gefahren wurde:

Die Ministerienverteilung zu Beginn der großen Koalition war sehr umstritten und auch ich halte die Verteilung nicht für besonders glücklich. Wir, die SPD, haben uns einerseits die Ministerien,

Fortsetzung auf Seite 3

Mai

1	10.00	Gewerkschaftshaus	Maikundgebung	
3	20.00	Biergarten Rüthelheim	Distrikt Süd	MS04
3	20.00	August-Bebel-Haus	AsF	MS04
4	20.00	Waldschänke	Distrikt Ost	S. 12
8	19.00	Dreycedern	Gedenkveranstaltung „Gegen das Vergessen“	S. 16
9	20.00	Schlossgaststätte	Distrikt Tennenlohe	S. 12
10	20.00	Zur Einkehr	Distrikt West	S. 13
10	20.00	Kulisse	Sozialliberaler Kreis	S. 14
11	17.00	August-Bebel-Haus	AG 60Plus	S. 13
11	20.00	Biergarten Röhelheim	Kreisvorstand	
16	20.00	Angerwirt	Distrikt Anger	S. 11
16	20.00	FSV	Distrikt Bruck	S. 11
16	20.00	Schützenhaus	Distrikt Eltersdorf	S. 11
16	20.00	Kulisse	Distrikt Innenstadt	S. 12
18	20.00	Turnerbund	Kreismitgliederversammlung	S. 4
26	20.00	Kulisse	Linkes Forum	S. 14

**Redaktionsschluss
für den nächsten Monatsspiegel
Ausgabe Juni 2006
24. 5. 2006**

Kontakt

Kreisverband:

Vorsitzender: Robert Thaler

Tel.: 09131-8126522
 Fax: 09131-8126513
 E-Mail: buero@spd-erlangen.de
 Internet: www.spd-erlangen.de

Bankverbindung: Sparkasse Erlangen Kt.Nr. 12005

Bürozeiten:

Montag 9:00 bis 12.30, 15:00 bis 18:00 Uhr
 Dienstag 9:00 bis 12:30 Uhr
 Mittwoch 9:00 bis 12:30, 15:00 bis 18:00 Uhr
 Donnerstag 9:00 bis 12:30 Uhr
 Freitag 9:00 bis 12:30 Uhr

Ansprechpartnerin:
 Karin Franke - Geschäftsführung

Impressum

Herausgeber:

SPD Kreisverband Erlangen
 Friedrich List Str. 5, 91054 Erlangen

Presserechtliche Verantwortung und Leitung:

Wolfgang Peter
 Baumschulenweg 11,
 91058 Erlangen
 Tel.:09131303090
 e-mail:monatsspiegel@spd-erlangen.de

Mitarbeit: Lars Thomsen

Druck:

Gruner Druck GmbH, Erlangen

Auflage:

700 Stück

in denen es an der Tagsordnung ist, unbeliebte Botschaften zu Verkünden gesichert: das Ministerium für Arbeit und Soziales, in dessen Zuständigkeitsbereich die Verkündung der Arbeitslosenzahlen aber auch das Reizthema Hartz IV fällt oder aber auch das Finanzministerium, das mit der hohen Staatsverschuldung, dem schwierig ausgleichenden Haushalt und Steuererhöhungen zu kämpfen hat. Andererseits liegen die Ministerien, die die Zukunftsfähigkeit unseres Landes sicher können und müssen in der Hand der Union: Der Bereich Bildung und Forschung, wo Innovationen mit positiven Effekten für die Zukunft unseres Landes und unsere Wirtschaft angestoßen werden können, aber auch das Ministerium für Familie, Frauen, Senioren und Jugend, dem eine Vorreiterfunktion zukommen wird. Den demographischen Wandel, der zunehmenden Verringerung und Überalterung unserer Bevölkerung ist in meinen Augen eine der wichtigsten Aufgaben, die die Politik heute zu lösen hat.

Die Große Koalition wird als eine gute Möglichkeit angesehen, wichtige und teilweise auch überfällige Reformen anzugehen, damit ist die Hoffnung in der Bevölkerung verbunden, dass ein wichtiger Schritt in Richtung Zukunftsfähigkeit Deutschlands gegangen werden kann. Noch bleiben aber nach meiner Meinung die großen Reformen aus. Abgesehen von der lange diskutierten Föderalismusreform, sind große Reformvorhaben noch nicht konkret. Ich meine hier eine Gesundheitsreform, die den Namen auch verdient, die die Gesundheitskosten auf eine neue Basis stellt und nicht nur ein Kompromiss aus Kopfpauschale und Bürgergeld ist; ich meine hier auch eine wirkliche Steuerrechtsreform, nicht unbedingt eine Bierdeckelsteuererklärung aber eine Steuerreform, die radikal die Steuerschlupflöcher besei-

tigt und damit für mehr Steuergerechtigkeit sorgt.

Nach etwa 150 Tagen ist vielleicht noch nicht mit all diesen Reformen zu rechnen, ich hoffe aber, dass die Regierung die Chancen nutzt, die auch in einer Großen Koalition stecken, ich hoffe, dass die Große Koalition nicht nur verwässerte Kompromisse bedeutet.

Ein paar Worte zur Föderalismusreform, die mir derzeit besonders am Herzen liegt.

Dies war die erste große Reform, die von der Großen Koalition angegangen wurde. Es ist meiner Meinung nach dringend notwendig, die Entscheidungsmechanismen in unserem Föderalstaat zu überdenken. Die Vorschläge, die jetzt zur Föderalismusreform vorliegen sind aber sicherlich kein „großer Wurf“, es ist eine reine Kompromisslösung. Öffnungsklauseln für die Bundesländer im Kinder- und Jugendhilferecht sowie im Heimrecht werden den föderalen Flickenteppich in Deutschland noch weiter vergrößern, statt wie von der Bevölkerung gewünscht, klare Strukturen zu schaffen. Dass es künftig gar nicht mehr möglich sein wird, dass der Bund Projekte in Kommunen fördert halte ich für absurd. Projektförderungen, bei denen der Bund Geld zur Verfügung stellt um Angelegenheiten, die in Länder- oder kommunaler Kompetenz liegen, positiv zu beeinflussen sollen künftig nicht mehr möglich sein. Das Verfassungsziel, „gleichwertige Lebensverhältnisse“ in Deutschland herzustellen wird mit diesen Maßnahmen konterkariert. Hier ist darf das letzte Wort noch nicht gesprochen sein.

Quo vadis SPD? Das ist nicht nur von Gesichtern, Marketing und der großen Koalition abhängig. Sondern von einer modernen Programmdebatte, die diese Tage in der SPD begonnen hat.



Dort müssen wir Ziele und ihre Formulierungen finden, die unsere Identität nicht verbiegen und uns Mehrheiten bis weit in die Mitte der Gesellschaft sichern, die die Rolle des Staates definieren und Antworten auf die großen Fragen der nächsten zwei Jahrzehnte geben: Die Globalisierung und der demographische Wandel. Im Herbst 2007 soll über dieses Programm nach Godesberg und dem Berliner Programm entschieden werden. Wir sind alle aufgefordert uns zu beteiligen, damit es zu guten Beschlüssen im Interesse der Menschen in Deutschland und weit darüber hinaus kommt.

Eure

Renate Schmidt

Kreisvorstandssitzungen:

**Donnerstag, 11.Mai 2006
am Röthelheim**

20:00 Uhr Biergarten

In diesem Monat	
Kreismitgliederversammlung	4
MonatsZahlenSpiegel	5
Föderalismus - Antrag	6
Kontinuität und Erneuerung - Antrag	7
Ein Brief aus Berlin	9
Aus den Distrikten	11
Aus den Arbeitsgemeinschaften	13
Aus den Arbeitskreisen	14
Geburtstage	14
Aus dem Landtag	14

Kreismitgliederversammlung

Liebe Genossinnen und Genossen,

**wir laden Euch herzlich ein zu unserer nächsten Kreismitgliederversammlung
am**

**Donnerstag, den 18. Mai 2006,
20.00 Uhr,
Turnerbund, Spardorfer Str. 79**

Als Tagesordnung schlagen wir Euch vor:

- 1. Aktuelles**
- 2. Quo vadis SPD? Leitsätze zum neuen Grundsatzprogramm**
- 3. Anträge**
- 4. Berichte aus den Distrikten und Arbeitsgemeinschaften**
- 5. Verschiedenes**

Robert Thaler

Ursula Lanig

Dieter Rosner

MonatsZahlenspiegel

des Wirtschaftspolitischen Arbeitskreises

Mythos Demographie

Demographischer Wandel ist nichts neues

Auf eine Person ab 65 Jahren kommen ... Personen zwischen 15 und 65 Jahren:

Jahr	
1900	12,4
1950	6,9
2000	4,1
2050	2

In der Vergangenheit hat unsere Gesellschaft also einen stärkeren Anstieg des Anteils der über 65-Jährigen bewältigt, als dies in den nächsten 50 Jahren der Fall sein wird.

Produktivität schlägt Demographie

Jahr	BIP/EW (in €)
2002	25.500
2050	52.000

Bei gleichbleibender Erwerbsquote und steigender Produktivität (1,8 % pro Jahr) steigt das Bruttoinlandsprodukt pro EinwohnerIn im Jahr 2050 um ca. 100 Prozent.

Auch in Anbetracht der demografischen Veränderungen verdoppelt sich demnach der für jede bzw. jeden pro Jahr zur Verfügung stehende Reichtum.

Erwerbstätigkeit schlägt Demographie

Jahr	Bevölkerung	Erwerbsquote	Erwerbstätige
2002	82,5 Mio.	69%	38,7 Mio.
2050	75,1 Mio.	90%	39,6 Mio.

Durch eine verbesserte Vereinbarkeit von Familie und Beruf und eine Reduzierung der Massenarbeitslosigkeit ist es erreichbar (wie z.B. in der Schweiz), dass nicht mehr 69 Prozent, sondern 90 Prozent der 15- bis 65-Jährigen arbeiten.

Fazit

Das Problem heute und morgen ist nicht die Entwicklung der Bevölkerungsgruppe im erwerbsfähigen Alter im Verhältnis zu den Personen im Rentenalter, sondern die Entwicklung der Erwerbstätigkeit bzw. der Erwerbsquote und die Verteilung des erwirtschafteten und jährlich wachsenden Sozialprodukts.

Quellen

Verdi(2003): Mythos Demographie, www.verdi.de/wirtschaftspolitik

Statistisches Bundesamt (2003): Bevölkerung Deutschlands bis 2050, www.destatis.de



Föderalismus – keine Reform um jeden Preis!

1. Föderalismusreform – im Grunde sinnvoll

Eine Reform des föderalen Systems in Deutschland ist notwendig und überfällig. Die bestehende Zuständigkeitsverteilung zwischen Bund und Ländern ist den aktuellen Herausforderungen nicht mehr angemessen, sie hemmt und blockiert erforderliche Entwicklungen. Das gilt auch und besonders für den Bereich des Umwelt- und Klimaschutzes und für die Bildungspolitik.

Deshalb ist es im Grundsatz zu begrüßen, dass sich Bund und Länder im November 2005 auf einen zweiten Anlauf zur Föderalismusreform verständigt und die Ministerpräsidenten der Länder dem von der Föderalismus-Arbeitsgruppe vorgelegten Vorschlag im Dezember 2005 zugestimmt haben. Allerdings ist eine Föderalismusreform kein Selbstzweck. Ebenso wenig handelt es sich dabei um einen Basar, auf dem Bund und Länder nach Belieben um Zuständigkeitsbereiche feilschen könnten. Mit der Neuordnung des Kompetenzgefüges wird vielmehr die Basis für alle späteren Einzelmaßnahmen geschaffen.

2. Geplante Föderalismusreform drückt durch Wettbewerb auf Umweltstandards

Ziel der Reform des Grundgesetzes muss dementsprechend ein Verfassungsrecht sein, welches die Grundlage für einen effektiven, europatauglichen und an globalen Herausforderungen ausgerichteten Umwelt- und Klimaschutz schafft. Dieses Ziel wird mit der beabsichtigten neuen Kompetenzordnung weit verfehlt, zum Teil sogar konterkariert.

Geplant ist ein hoch kompliziertes und inkonsistentes, vom Glauben an den Wettbewerb getragenes Kompetenzgefüge, das grenzüberschreitenden Umweltproblemen nicht gerecht wird, einem Umweltdumping zwischen den

Bundesländern Tür und Tor öffnet, langwierige Rechtsstreitigkeiten über unklare Kompetenzabgrenzungen geradezu vorprogrammiert und die im Koalitionsvertrag beschlossene Schaffung eines einheitlichen Umweltgesetzbuches mit einer integrierten Vorhabensgenehmigung in weiten Teilen von vornherein unmöglich macht.

Der verfassungsrechtliche Grundsatz „Bundesrecht bricht Landesrecht“ (Art. 31 GG) würde auf einmal in sein Gegenteil verkehrt. Auch andere Ziele des Koalitionsvertrages zum Umwelt- und Klimaschutz, wie beispielsweise die Wahrnehmung einer führenden Rolle im Klimaschutz oder ein wirksamer vorbeugender Hochwasserschutz, drohen mit den gegenwärtigen Vorschlägen zur Föderalismusreform zu bloßen Lippenbekenntnissen zu werden.

Weitere Vertragsverletzungsverfahren vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) sowie erhebliche Zwangsgeldforderungen seitens der EU-Kommission gegen Deutschland würden ebenso sehenden Auges in Kauf genommen wie ein fataler Wettlauf von 16 Bundesländern um die niedrigsten Umweltschutzstandards.

Die Vorschläge zur Föderalismusreform für den Umweltbereich müssen daher korrigiert werden.

Die Änderung des Grundgesetzes - der deutschen Verfassung - darf nicht zu einem Schnellschuss werden, der in einen regulativen Flickenteppich mündet und die Belange der im Einzelnen betroffenen Bereiche ausblendet.

Umweltschutz ist Staatsziel (Art. 20a GG). Dieses Ziel ist nicht disponibel.

Dem Bund ist im Rahmen der Reform die Möglichkeit an die Hand zu geben,

sämtliche umweltrelevanten Bereiche bundeseinheitlich und übergreifend zu regeln. Diesbezüglich sind weder eine Erforderlichkeitsklausel noch Abweichungskompetenzen der Länder vorzusehen. Eine solche Kompetenzzuordnung wäre im Sinne von Klarheit und Rechtssicherheit sowie der Europatauglichkeit Deutschlands. Mit ihr würde die Grundlage geschaffen, auf die aktuellen Herausforderungen des Umwelt- und Klimaschutzes angemessener und wirksamer reagieren zu können. Denn Umweltprobleme machen nicht an administrativen Grenzen halt. Zugleich würde mit einer Gesetzgebungskompetenz „aus einem Guss“ sichergestellt, dass das von der Großen Koalition beabsichtigte Umweltgesetzbuch nicht zu einem bloßen Papiertiger verkommt, sondern tatsächlich zu effektiveren und übersichtlicheren Genehmigungsverfahren führt. Regionalen Besonderheiten in den Bundesländern kann durch Ausnahmebestimmungen ausreichend Rechnung getragen werden. Die Länder sollten ferner die Möglichkeit erhalten, unter Beachtung des europäischen Gemeinschaftsrechts materielle, über die Bundesgesetzgebung hinausgehende Schutzverstärkungen erlassen zu können.

Des Weiteren ist in den weiteren Verhandlungen das Bundesamt für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) als wichtigste Fachbehörde ebenso zu beteiligen wie externe Experten. Der bisherige Ausschluss des BMU ist ebenso wenig nachzuvollziehen wie der Verzicht auf eine ansonsten übliche Anhörung externer Experten.

3. Geplante Föderalismusreform zersplittert das Bildungssystem

Die Föderalismusreform überträgt die Kompetenzen im Bildungsbereich fast ausschließlich auf die Länder. Dort, wo der Bund noch Regelungen treffen darf

– bei der Hochschulzulassung und den Hochschulabschlüssen – erhalten die Länder das Recht, von dieser Bundesgesetzgebung wieder abzuweichen. Welchen Sinn eine solche Regelung hat, erschließt sich zumindest nicht spontan.

Im Bildungsbereich ist ein deutlicher Kompetenzzuwachs des Bundes notwendig. Bisher stehen Menschen, die gerade eine Ausbildung absolvieren und von einem Bundesland in ein anderes umziehen vor dem Problem, sich in ein neues Bildungssystem eingliedern zu müssen. Gerade im Bereich der schulischen Ausbildung führt dies häufig dazu, dass SchülerInnen nach einem Umzug Klassen wiederholen oder die Schulart wechseln müssen. So kann beispielsweise einE GesamtschülerIn aus den nördlichen Bundesländern in Bayern nicht oder nur zu sehr strikten Bedingungen auf das Gymnasium wechseln, in der Regel muss sie/er die Hauptschule besuchen. Dies lässt sich nur dadurch lösen, dass bundeseinheitlich Standards sowohl für das Wissen nach bestimmten Jahrgangsstufen definiert werden als auch, solange das mehrgliedrige Schulsystem noch besteht, Anforderungen an die einzelnen Schularten klar und einheitlich formuliert werden. Im Rahmen dieser Standards könnten dann die Länder die Lehrpläne ausgestalten.

Bisher hatte der Bund im Schulbereich keine Kompetenzen. Die Föderalismusreform hätte hier die Möglichkeit geboten, umzusteuern. Statt dessen wird mit der insbesondere von Bayern

angestrebten Zerschlagung der Kultusministerkonferenz, der einzigen Einrichtung, die bundesweite Absprachen für das Schulwesen ermöglicht, der umgekehrte Weg eingeschlagen und das Schulsystem weiter zersplittert. In einer Gesellschaft, in der Umzüge über Bundesländergrenzen häufig vorkommen, ist dies nicht akzeptabel.

Einheitlich geregelt war bisher zumindest in seinen Grundzügen das Hochschulsystem. Der Bund gab die Studienabschlüsse, die Zulassungsvoraussetzungen zum Studium, die demokratische Selbstverwaltung der Hochschulen, die Grundzüge der Forschung und die Beschäftigungsverhältnisse der an den Hochschulen Beschäftigten vor. Künftig bleiben dem Bund nur noch die ersten beiden Punkte, und auch hier können die Bundesländer eigene Regelungen erlassen. Zu erwarten ist damit, dass es keinen einheitlichen Hochschulraum in Deutschland mehr gibt. Einige Bundesländer werden zusätzlich zum Abitur weitere Zulassungshürden einführen. Vor allem die Bachelor-/Master-Strukturierung des Studiums wird dazu führen, dass ein in einem Bundesland erworbener Hochschulabschluss in einem anderen als nicht kompatibel zu den eigenen Abschlüssen abgelehnt werden und damit HochschulabsolventInnen eine Hochschullaufbahn und möglicherweise eine Laufbahn im öffentlichen Dienst in anderen Bundesländern verbaut wird.

Zum Chaos wird es aber vor allem bei den Beschäftigungsverhältnissen an den Hochschulen kommen. Hier hat sich schon in der Auseinandersetzung um die Juniorprofessur gezeigt, dass die Meinungen in den Bundesländern, wie Qualifikationen nach dem Studium erworben werden weit auseinanderklaffen. Fehlt künftig eine bundeseinheitliche Regelung zu den Dienstverhältnissen wird dies zum einen zu einem Überbietungswettbewerb bei Befristungen führen, zum anderen aber auch dazu, dass nach einem Hochschulwechsel in ein anderes Bundesland die Karriere wieder bei „null“, am Ende des Studiums oder nach der Promotion begonnen werden muss, weil erworbene Qualifikationen nicht anerkannt werden. Beschäftigte an Hochschulen werden daher einen Wechsel zwischen den Bundesländern künftig vermeiden, dem Austausch zwischen unterschiedlichen Schulen in der Wissenschaft ist dies zumindest nicht dienlich.

Die SPD Erlangen fordert daher, im Grundgesetz eine Zuständigkeit des Bundes für Bildungsstandards und Abschlüsse im Schulbereich festzuschreiben. Für den Hochschulbereich soll der Bund die alleinige oder konkurrierende Gesetzgebung ohne Ausnahme Klausel für die Bereiche Hochschulabschlüsse, Hochschulzugang (hier ist ein Abweichungsrecht im Sinne einer Ausweitung des Zugangs vorstellbar) und für die Grundzüge des Dienstrechts (im Rahmen der Regelungen, die bisher das Hochschulrahmengesetz hier getroffen hat) erhalten.

Antrag an die Kreismitgliederversammlung des Kreisverbandes Erlangen

Adressat: Parteivorstand, Bundestagsfraktion

Kontinuität und Erneuerung mit Kurt Beck

Der Kreisverband Erlangen bedauert den Rücktritt von Mathias Platzeck vom Vorsitz der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Der Kreisverband Erlangen spricht sich für die Beibehaltung des durch Mathias Platzeck eingeleiteten Kurses der

programmatischen Erneuerung und der notwendigen Anpassung unseres Sozialstaates an die veränderten Bedingungen mit dem Ziel des dauerhaften Erhaltes aus. Hier muß der durch Mathias Platzeck vorgezeichnete Weg, weg vom „nachsorgenden“, hin zum

„vorsorgenden“, aktivierenden Sozialstaat, der durch höhere und frühzeitigere Investitionen in die Fähigkeiten und Bildung der Menschen gekennzeichnet ist, weitergegangen werden.

Der Kreisverband Erlangen begrüßt und unterstützt die Kandidatur des bisherigen stellvertretenden Parteivorsitzenden Kurt Beck für das Amt des Vorsitzenden.

SPD - Erlanger Mitte

Wir haben uns innerhalb der Erlanger SPD zusammengefunden, um für alle Interessierten eine weitere Möglichkeit zur bürgerorientierten, pragmatischen Diskussion zu schaffen.

Wir verstehen uns als lockere Plattform und als Forum zur Diskussion. Wir wollen die Arbeit der Erlanger SPD und der SPD insgesamt aktiv mitgestalten und die Arbeit unserer Bundestagsfraktion und unserer Genossinnen und Genossen in der Regierung in Solidarität konstruktiv begleiten.

Die SPD - Erlanger Mitte unterstützt den Antrag „Kontinuität und Erneuerung mit Kurt Beck“.

Kurt Beck steht für einen unideologischen, pragmatischen und konsensorientierten Politikstil. Mit diesen Eigenschaften ist er der richtige Mann an der Spitze einer großen Volkspartei, die sich anschickt die Probleme unserer Zeit sachgerecht und im Interesse der Menschen zu lösen.

Der Kreisverband unterstützt Kurt Beck in der Wahrung der Kontinuität gegenüber seinem Amtsvorgänger und begrüßt die Ankündigung die Sozialdemokratie wieder stärker den Wählerschichten der technischen Intelligenz und bürgerlicher Berufsgruppen zu öffnen, ohne dabei die Interessen der Menschen, die auf die Unterstützung der Sozialdemokratie angewiesen sind, zu vernachlässigen.

Antragsteller: Alexander Wahl, Axel Graemer, Benedikt Berninger, Christa Matern, Dietmar Habermeier, Dietmar Hahlweg, Dirk Goldenstein, Günter Laurer, Heidrun Meier, Jochen Kraft, Peter Weierich, Rudolf Schwarzenbach, Ursula Lanig

Protokoll der Jahreshauptversammlung vom 23.3.06

1. Eröffnung und Begrüßung durch den Kreisvorsitzenden

Ehrung der Verstorbenen

- San Carlos-Sammlung: 95
- Liste für Infostand am 1. April wird durchgegeben

2. Konstituierung

- a. Wahl der Versammlungsleitung

Heide Mattischeck und Philipp Dees: bei einer Enthaltung beschlossen

- b. Beschluss der Tagesordnung

Einstimmig beschlossen

3. Rechenschaftsberichte

- a. des Kreisvorsitzenden
- b. Gleichstellungsbericht durch Dieter Rosner
- c. der Arbeitsgemeinschaften AsF, Jusos, 60plus
- d. Kassenbericht und Bericht der Revisoren

Die Revisoren prüften die Kasse. Sie war richtig und vollständig. Die Revisoren schlagen die Entlastung des Kassiers vor: einstimmig

- e. Aussprache zu den Berichten

Redner: Willi Gehr, Wolfgang Vogel und Gisela Niclas

4. Berichte aus den Gliederungen

keine

5. Anträge

Befassung: Mit Mehrheit angenommen

- Solidaritätsadresse zum Arbeitskampf im öffentlichen Dienst: Vorletzter Satz wird gestrichen (Vom Antragsteller übernommen)

Mit Änderung: bei 1 Enthaltung angenommen

- Initiativantrag: „Kein Wissenstest, kein Gesinnungstest!“
einstimmig ohne Änderungen beschlossen

6. Verschiedenes

- Ostermarsch am Karsamstag (15.4.) um 11 Uhr am HUGO
- Friedensratschlag zum Thema „Kongo“ wurde verteilt
- Fr. den 7. April 19:30 Uhr Veranstaltung zu San Carlos in der VHS
- Im Rahmen des FIT-Projektes für „Nicht-Beweger“: erste Erlanger Frauenbaudezeit von 15:00 Uhr bis 17:00 Uhr sonntags im Frankenhof bis Mitte Mai
- Schwimmbadinitiative tagte heute

Schlusswort des Kreisvorsitzenden

Protokollführung Gabi Dorn-Dohmstreich

Die SPD Bundestagsfraktion - Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales hat der Erlanger SPD auf die

Resolution des SPD-Kreisvorstandes vom 9. Februar 2006 „Gegen Erhöhung des Renteneintrittsalters“

geantwortet

Liebe Genossin Karin Franke,

vielen Dank für Deine Mail, mit welcher Du uns die Resolution des SPD-Kreisvorstandes Erlangen zugeleitet hast. Dein Schreiben wurde diesbezüglich an die Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales zur Beantwortung gegeben.

Unsere gesetzliche Rentenversicherung gründete bisher auf der Idee, dass grundsätzlich jeder Versicherte bis zur Vollendung seines 65. Lebensjahres arbeiten sollte. Aufgrund der aktuellen Bedingungen ist nunmehr eine schrittweise Anhebung des Rentenalters um zwei Jahre auf 67 Jahre geplant.

Das Renteneintrittsalter ist seit 1997 bereits schrittweise erhöht worden. Für Frauen und Männer gilt bereits heute grundsätzlich die Altersgrenze von 65 Jahren. In einer Übergangszeit bis 2012 ist es bei verschiedenen Rentenarten noch möglich, vorzeitig in den Ruhestand zu gehen, allerdings bei Rentenabschlägen von 0,3 Prozent für jeden Monat vorzeitigen Rentenbeginn.

Zur nachhaltigen Stabilisierung der gesetzlichen Rentenversicherung ist vorgesehen, die Regelaltersgrenze in Abhängigkeit vom Geburtsjahrgang von 2012 an schrittweise und langfristig bis zum Jahr 2029 auf 67 Jahre anzuheben. Das Gesetz soll bereits im Jahr 2007 verabschiedet werden, damit der Vertrauensschutz gesichert ist, und Arbeitgeber und Arbeitnehmer eine verlässliche Planungsgrundlage für den Übergang vom Erwerbsleben in den Ruhestand erhalten.

Die Anhebung des Rentenalters muss sozialverträglich umgesetzt werden, indem sie mit einer nachhaltigen Verbesserung der Arbeitsmarktsituation älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeit-

nehmer verbunden wird. In erster Linie sind die Tarifvertragsparteien gefordert, die Voraussetzungen für bessere Beschäftigungschancen für ältere Arbeitnehmer zu schaffen. Wir werden durch unsere Reformpolitik alles tun, die Rahmenbedingungen für mehr Beschäftigung zu verbessern. Mit der Initiative „50 plus“ werden zusätzlich Anstrengungen für die Chancen der Älteren am Arbeitsmarkt unternommen.

Die Palette der Instrumente reicht von Lohnkostenzuschüssen, Förderung der Weiterbildung, Entgeltsicherung, Befreiung von den Arbeitgeberbeiträgen zur Arbeitslosenversicherung bis hin zu erleichterten Befristungsmöglichkeiten und geförderten Zusatzjobs. Zugleich müssen die Unternehmen besser über die demographischen Herausforderungen informiert werden, die künftig auf jeden Betrieb zukommen.

Mit der Initiative „50 plus“ wollen wir mit allen Akteuren am Arbeitsmarkt, d. h. gemeinsam mit den Unternehmen, den Betriebsräten, den Verbänden, den Kammern und den Agenturen für Arbeit ein Klima erzeugen, welches die Integration Älterer in das Arbeitsleben Stück für Stück wieder zur Normalität werden lässt. Denn darin liegt eine große Chance, den absehbaren demographischen Engpässen auf dem Arbeitsmarkt vorausschauend zu begegnen.

Für Versicherte mit 45 Versicherungsjahren aus Beschäftigung, Kindererziehung und Pflege ist weiterhin ein abschlagsfreier Rentenzugang mit 65 Jahren vorgesehen. Dies ermöglicht insbesondere Arbeitnehmern in Berufen mit schwerer Belastung, die ihre Erwerbstätigkeit in der Regel wesentlich eher beginnen als bspw. Akademiker, weiterhin die Beibehaltung des bisherigen Renteneintrittsalters. Darüber hinaus gelten natürlich die ren-

tenrechtlichen Regelungen bei Erwerbsminderung weiter.

Die Rentner und Rentnerinnen leisten seit Jahren einen erheblichen Beitrag zur generationengerechten Neuausrichtung der Rente. Deshalb haben wir im Koalitionsvertrag zugesichert, dass es in der laufenden Legislaturperiode keine Rentenkürzungen geben darf.

Zur Stabilisierung der Rentenversicherung ist eine mittelfristige Beitragssatzanhebung unumgänglich. Durch das Vorziehen des Fälligkeitstermins der Sozialversicherungsbeiträge kann der Beitragssatz für das Jahr 2006 stabilisiert werden. 2007 kommt es jedoch zu einem Anstieg auf 19,9 %, der auch im Zusammenhang mit geringeren Beiträgen des Bundes für die Empfänger von Arbeitslosengeld II steht. Im Zusammenhang mit der Beitragssatzsenkung in der Arbeitslosenversicherung um zwei Prozentpunkte ergibt sich allerdings für die Sozialversicherungsbeiträge insgesamt eine Entlastung.

Wegen der geringen Lohnsteigerungen greift der Nachhaltigkeitsfaktor, der in die Rentenanpassungsformel integriert wurde, nur sehr begrenzt. Seine Funktion, tendenziell über eine Dämpfung der jährlichen Rentenerhöhungen die Ausgabensteigerung der Rentenversicherung zu reduzieren, kann der Nachhaltigkeitsfaktor aufgrund fehlender Einkommensdynamik nur eingeschränkt erfüllen. Eine gesetzliche Sicherungsklausel verhindert ein Absenken der Renten; dadurch baut sich eine dauerhafte Belastung der Finanzen auf („Bugwelle“). Deshalb sollen Dämpfungen der Anpassung, die aufgrund der Sicherungsklausel nicht gegriffen haben, in Zeiten höherer Lohnentwicklung durch die Anwendung eines sogenannten Nachholfaktors nachgeholt werden.

Der Koalitionsvertrag sieht vor, die Dynamik der Bundeszuschüsse an die Rentenversicherung zu stoppen, das

heißt aber nicht, dass der Bundeszuschuss auf dem heutigen Niveau eingefroren wird, sondern dass in Zukunft nicht mehr eine so dynamische Entwicklung stattfinden wird, wie in der Vergangenheit. Die Veränderungen der Dynamisierung sollen so gestaltet werden, dass sie die Einhaltung der Ziele auf Beitragssatz- und Niveauseite nicht gefährden.

Anreize zur Frühverrentung müssen weiterhin mit dem Ziel vermindert werden, das tatsächliche Renteneintrittsalter dem heute schon geltenden gesetzlichen Rentenalter anzupassen. Nach wie vor gilt leider, dass der Beginn der Rente nur für einige Beschäftigte mit dem regulären Ausscheiden aus dem Berufsleben verknüpft ist. Knapp 28 Prozent aller Männer in den alten Bundesländern und sogar über 55 Prozent in den neuen Bundesländern sind vor dem Rentenbeginn mehr als ein Jahr arbeitslos. Es wäre jedoch nicht zukunftsweisend die bestehen-

den arbeitsmarktpolitischen Probleme ausschließlich weiter zu Lasten der Gesetzlichen Rentenversicherung zu lösen.

Mit freundlichen Grüßen

Andrea Timm



Der Kreisvorsitzende Robert Thaler begrüßt auf der Jahreshauptversammlung die zwei neuen Mitglieder Michello Stark und Björn Helfers

Sparkassen-Finanzgruppe

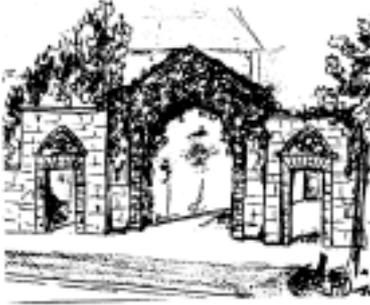
Jetzt Check-in-Ticket holen und gewinnen!

Schneller ans Ziel mit dem Sparkassen-Finanzkonzept.
Sicherheit, Altersvorsorge, Vermögen.

 Sparkasse Erlangen

Haben Sie bei Krankheit oder Unfall auch nach sechs Wochen noch Ihr gewohntes Einkommen? Schließt Ihr Vermögensaufbau die private Altersvorsorge ein? Finanziell gibt es viel zu regeln. Machen Sie deshalb zuerst Ihren Finanz-Check. Holen Sie sich Ihr Check-in-Ticket! Und gewinnen Sie einen der wertvollen Preise im großen Gewinnspiel! Wenn's um Geld geht – Sparkasse.

Anger



Vorsitzender:

Christofer Zwanzig Tel.: 4003764

eMail: Christofer.Zwanzig@spd-online.de

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden Euch herzlich zu unserer **öffentlichen Diskussionsveranstaltung**
„Armut in Erlangen - Verschärfung durch Hartz IV?“

**am Dienstag, den 16. Mai
2006
um 20.00 Uhr
im Angerwirt
(Guhmannstraße 10)**

ein.

Es referieren

Gisela Niclas, SPD-Fraktionsvorsitzende und

Anton Salzbrunn, Erwerbslosenberatung der Gewerkschaft

Erziehung und Wissenschaft.

Wie besprochen weisen wir an dieser Stelle auch auf Veranstaltungen in unserem Stadtteil hin, die wir als Anger-SPD gemeinsam besuchen wollen. Am **Samstag, den 6. Mai 2006**, findet die **Hausparty und der Trödelmarkt im Bürgertreff Isarstraße** statt. Wir treffen uns dort um **15.00 Uhr** und besuchen das bunte Programm, das die verschiedenen Gruppen des Bürgertreffs bieten.

Für den Vorstand mit solidarischen Grüßen

Christofer Zwanzig Sandra Radue

Bruck



Vorsitzender:

Wolfgang Peter Tel.: 303090

eMail: bruck@spd-erlangen.de

Liebe Genossinnen und Genossen,

Wir laden euch herzlich ein zu unserer Jahreshauptversammlung am

**Dienstag, den 16. Mai
um 20 Uhr**

beim FSV, Tennenloher Str.

Tagesordnung:

1. Eröffnung und Begrüßung

2. Aktuelles

3. Bericht des Vorstandes

4. Bericht der Kassererin

5. Genossin Jaana Peter hält einen Lichtbildervortrag über ihre Teilnahme an einem Sozialprojekt in Kenia

Wir freuen uns über eine rege Teilnahme

für den Vorstand

Wolfgang Peter

Eltersdorf



Vorsitzender:

Manfred Jelden Tel: 601333

Liebe Genossinnen und Genossen,

Unser nächstes Distrikttreffen ist am

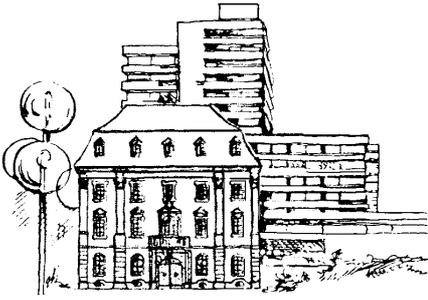
**Dienstag, den 16. Mai
um 20 Uhr
im Schützenhaus Eltersdorf**

Tagesordnung:

wird aktuell beschlossen

Für den Vorstand

Manfred Jelden



Vorsitzende:

Barbara Pfister Tel. 502481
e-Mail: barbara.pfister@fen-net.de

Innenstadt

Unsere nächste Mitgliederversammlung findet statt

**am Dienstag, 16. Mai, 20 Uhr
in der „Kulisse“, Theaterstraße.**

Da die Sitzung im April kurzfristig ausfallen musste, wollen wir an diesem Abend unsere Diskussion zum Thema

„Kommunalpolitische Zwischenbilanz – zwei Jahre vor den Wahlen“, die wir im März begonnen haben, fortsetzen

- und insbesondere Perspektiven für unseren Distrikt entwickeln. Unsere StadträtInnen Florian Janik und Barbara Pfister werden dazu berichten.

Grundlage: Kommunalpol. Programm 2002 des Distrikts (kann auf Anfrage gerne zugeschickt werden; ist auch auf der Homepage www.spd-erlangen.de eingestellt).

Für den Vorstand

Barbara Pfister



Vorsitzender:

Jochen Kraft Tel.: 507531
e-mail: Kraft.Jochen@gmx.de
stellvertretende Vorsitzende:
Monika Wendler Tel.: 401737
e-mail: moni.wendler@gmx.de

Ost

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden Euch herzlich ein zu unserer
Distriktversammlung

**am Donnerstag, den
04.05.2006, 20.00 Uhr
in der Waldschänke
Lange Zeile 104**

Auch dieses Jahr findet wieder das
Sieglitzhofer Bürgerfest statt.

**Am 13. Juli
auf dem Parkplatz des
Sieglitzhofer Einkaufszentrums
(Frischmarkt Wachmer)
Beginn: 13:00 Uhr**

Liebe Genossinnen und Genossen,
bitte erscheint recht zahlreich. Auch
Genossinnen und Genossen, die nicht
aus dem Osten kommen sind herzlich
eingeladen uns zu unterstützen und
Präsenz zu zeigen. Wir werden dort
wieder mit unserem SPD-Stammtisch
vertreten sein.

Leider können wir unseren ursprünglichen Plan eine Tombola zu Gunsten von San Carlos zu veranstalten aus Zeit-Gründen nicht in die Tat umsetzen. Stattdessen werden wir einen Infostand mit Material zu San Carlos betreuen und auch für die Aktion 1 Euro für San Carlos werben.



Vorsitzender:
Rolf Schowalter Tel.: 601924
e-mail: RolfSchowalter@t-online.de

Tennenlohe

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden Euch herzlich ein zu unserer
nächsten Distriktversammlung

**am Dienstag, 09.05.06.,
Schlossgaststätte, 20 Uhr**

Tagesordnung:

1. Aktuelles

2. Berichte

3. Auseinandersetzung mit dem Konzept zum neuen Grundsatzzprogramm der SPD (Referat Dieter Rosner)

4. Planung des Ortsrundgangs mit der Fraktion am 26.05. (Genaueres dazu dann auf der Homepage und im Schaukasten)

5. Verschiedenes

Termine der nächsten Distriktversammlungen: 20.06.06 (Bericht von José Ortega über San Carlos) und am 11.07.

Für den Vorstand

Rolf Schowalter

Protokoll der SPD- Distriktversammlung Tennenlohe vom 4.4.2006

1. Berichte:

- Rolf berichtet von den Artikeln in der EN zum Friedhof. Die EN hat seinen Leserbrief (Grille-Methoden) in veränderter und entschärfter Form, aber mit klarer inhaltlicher Aussage an passender Stelle unter der Rubrik Stadtnachrichten abgedruckt.

- Dieter Rosner kommt im Mai zur Distriktsitzung und stellt das neue Parteiprogramm vor

- Jose Ortega berichtet am 20. Juni in der Distriktsversammlung über San Carlos

- Mit Herrn Radde vom Freizeitamt wird eine Spielplatzbegehung im April vereinbart.

- Die Anfrage von Stadträtin Grille für einen Bolzplatz am evangelischen Kindergarten wurde anscheinend von der Stadt abgelehnt. Wir halten die Erweiterung des Sportplatzes für sinnvoller.

2. KV-Bericht

Bericht über die organisatorische Vorbereitung zur Erstellung der Stadtratsliste und die diesbezüglichen Aufgaben der Distrikte

3. Planung des nächsten TB

Artikel wurden gesammelt und die Verantwortlichkeit geklärt: Bericht von der Einweihung der Bogenschießanlage, Situation der Sportplatzenerweiterung, Rente mit 67, Adolfs 80. Geburtstag, Gwaaf, Errichtung der Kerwbaumbefestigung, Aktivitäten wegen Friedhof

4. Schaukasten

Der Schaukasten soll mit aktueller Information besonders auch aus dem

Tennenloher Geschehen bestückt werden. Um dies zu erreichen, soll der Schaukasten von mehreren Personen bestückt werden: Kriterien: Terminsachen sollen bis zum entsprechenden Termin hängen bleiben – anderes kann je nach Platzbedarf nach 2 – 4 Wochen wieder entfernt werden.

5. Fraktionseinladung für eine Ortsbegehung in Tennenlohe .Terminvorschlag : 26.Mai 2006 (Bitte bestätigen lassen)

6. Die Tennenloher SPD stellt auf Anregung von Alfred Opitz den **Antrag an die Fraktion**, die Einrichtung eines (telefonischen) Wochenenddienstes beim Friedhofsamt der Stadt Erlangen zu fordern.

7. Anlage der Weidenhütte auf dem Spielplatz Rotkappenweg am 07.04. (Weiden geliefert von Fritz Klein).

Hans Hauer (in Vertretung des Schriftführers)



Vorsitzender:
Gerd Peters Tel.: 44366
e-mail: gerd@peters.franken.de

West

Liebe Genossinnen und Genossen, zu unserer nächsten Distriktsversammlung möchten wir herzlich einladen. Sie findet statt am

Mittwoch, den 10. Mai im Gasthaus „Zur Einkehr“ (Güthlein) um 20.00.

Folgende Tagesordnung ist vorgesehen:

1. Berichte (Kreisvorstand, Fraktion, Ortsbeirat)

2. Thema: Ausländer und Integration – zur allgemeinen politischen Diskussion und zur konkreten Situation in Erlangen. Eine Einführung hierzu gibt unser Weststadtrat und Fraktionssprecher für dieses Thema Jose Luis Ortega Lleras

3. Verschiedenes

Herzliche Grüße
Für den Vorstand
Gerd Peters



Vorsitzende:
Brigitte Mugele Tel.: 22397

Liebe Genossen und Genossinnen! Unser Treffen im Mai findet wiederum im

August-Bebel-Haus statt, und zwar am 11.5. um 17Uhr.

Wir freuen uns ganz besonders ,dass Alois Langbrugger den UB-Vorsitz übernommen hat. Seinen Vorschlag, dass Stadt und Land von 60plus fortan gemeinsam agieren sollten, greifen wir begeistert auf und laden Dich, lieber Alois, zum 11.5. herzlich ein. Wir können dann die weiteren Planungen besprechen. Das wird das Hauptthema des Maitreffens sein, aber z.B. auch 60plus am Berg u.a.

Bis dahin, Eure Brigitte.

Liebe Genossinnen und Genossen,

Terminankündigung:

**Sozialliberaler Erlanger
Kreis,
10.5.2006, 20.00, Kulisse
Nebenraum:**

Integration durch Befehl?

Beschreibung:

Diskussion: Integration durch Befehl?

Lange hat die Politik über die Integration geredet. Nun soll sie befohlen

werden: Deutschkurse für Kinder, Integrationskurse für Erwachsene, Nacktbadevideos für Einreisewillige, Fragebögen für Einbürgerungswillige. Angetreten zur Grundausbildung im Deutschsein?

In der Diskussion wollen wir uns mit den mannigfaltigen Forderungen in der Debatte auseinandersetzen und vor allem eigene Antworten formulieren.

Veranstalter: Sozialliberaler Erlanger Kreis e.V.

Dirk Goldenstein

**Linkes Forum Erlangen
Freitag, 26. Mai 2006
20 Uhr, Kulisse, Nebenzimmer**

Thema:

„10 Argumente gegen den Neoliberalismus“

mit sozialistischen Grüßen

Hildegard Gröger

Florian Janik

Wir gratulieren zum Geburtstag:

Mai 2006



Wir möchten allen, die im Mai ihren Geburtstag feiern, gratulieren und wünschen für das nächste Lebensjahr alles Gute.

003.05.	Soraya Löwe 50 Jahre	19.05.	Peter Zorec 60 Jahre
04.05.	Margret Hartwig 71 Jahre	25.05.	Gerlinde Uhl 71 Jahre
06.05.	Christian Frank 79 Jahre	27.05.	Hannelore Stahlschmidt 60 Jahre
06.05.	Klaus Olschewski 60 Jahre	31.05.	Gisela Jellici 72 Jahre
12.05.	Michael Stoisiek 60 Jahre		
15.05.	Gerhard F.P. Müller 85 Jahre		

Zur Diskussion über Gewalt an den Schulen:

Ausgrenzung und voreilige Zwangsmaßnahmen sind eine Bankrotterklärung der Bildungspolitik

Probleme lassen sich nicht einfach verbieten. Jahrelange Kürzungspolitik auf dem Rücken der Schulen, der Schülerinnen und Schüler und der Eltern rächt sich.



Zur Diskussion über Gewalt und Gewaltprävention an den Schulen erklärt der Erlanger Landtagsabgeordnete **Wolfgang Vogel**: „Wir dürfen die Schüler, Lehrer und Eltern nicht allein lassen. Wir müssen mit Augenmaß Rahmenbedingungen schaffen, die

geeignet sind, Gewalt und Ausgrenzung nachhaltig zu begegnen.“ Voreilige Zwangsmaßnahmen und Ausgrenzung, wie sie von der Staatsregierung propagiert werden, bezeichnete er als eine „Bankrotterklärung der Bildungspolitik“.

Stoiber und sein Kultusminister handeln lebensfremd und wissen nicht mehr, wie es in der richtigen Welt außerhalb der Marmorflure der Staatskanzlei zugeht. Sie führen das Kultusministerium und die Schulen wie ein Ordnungsamt. Dies löst kein einziges

Problem. Jahrelange Spar- und Kürzungspolitik auf dem Rücken der Schulen, der Schülerinnen und Schüler und der Eltern rächt sich irgendwann. Genauso wie eine völlig fehlgeleitete Migrationspolitik.

Rahmenbedingungen, die geeignet sind, Gewalt und Ausgrenzung nachhaltig zu begegnen, müssen auch finanziert werden. Der Nachtragshaushalt zeige aber bisher in eine völlig andere Richtung. Vogel: „Sparen zur politischen Profilierung ist Stoiber bisher wichtiger als nachhaltige Präventionsmaßnahmen zur Verhinderung von Gewalt an Schulen.“

Als Sofortprogramm fordert die SPD-Landtagsfraktion:

1. Mehr Ganztagschulen im Angebot, damit die Kinder am Nachmittag sinnvoll pädagogisch betreut werden.
2. Längere gemeinsame Schulzeit und Stärkung der Hauptschulen.
3. Verpflichtendes, kostenloses, letztes Kindergartenjahr mit individueller Sprachförderung, damit endlich kein Kind mehr ohne ausreichende Deutschkenntnisse eingeschult werden muss.
4. Ein Bekenntnis zur Schulsozialarbeit, die in Bayern von der Staatsregierung lediglich als freiwillige kommunale Leistung und nicht als staatliche Aufgabe behandelt wird.
5. Darüber hinaus müssen alle gesellschaftlichen Kräfte - auch Vertreter der klassischen und neuen Medien - beteiligt werden, um in Bayern ein Klima gegen Gewalt zu schaffen. Schulen sollen als Orte der Begegnung und Kommunikation gestaltet werden. Null Toleranz gegenüber jeder Art von Gewalt muss dabei die Philosophie sein.

Notwendig ist ein nachhaltiges Konzept „Lebensraum Schule“:

- mehr Zeit für Bildung durch ausreichend ganztagschulische Angebote ermöglichen
- die Schulsozialarbeit weiter ausbauen und festgelegte Strukturen der Zusammenarbeit zwischen Schule und Jugendhilfe schaffen

- Schulen ermutigen, mit allen am Schulleben Beteiligten Zielvereinbarungen zu treffen, innerhalb derer Regeln und Grenzen gesetzt werden
- eine engere Kooperation zwischen Schülern/Schülerinnen, Eltern und Lehrern/Lehrerinnen - ergänzt durch Angebote der Jugendhilfe und des schulpсихologischen Dienstes, auch mit dem Ziel, Erziehungskompetenz und Erziehungsverantwortung von Eltern zu stärken
- dem individuellen Fordern und Fördern von Schülern/Schülerinnen Vorrang einräumen gegenüber einer hohen Selektivität
- Erziehern/Erzieherinnen und Lehrern/Lehrerinnen in ihrer täglichen Arbeit ein professionelles Unterstützungssystem anbieten
- die Zusammenarbeit zwischen Polizei und Justiz in Fragen der Bekämpfung und Ahndung von Jugendkriminalität weiterentwickeln - Einrichtung eines „Hauses des Jugendrechts“, in dem durch engere räumliche und organisatorische Zusammenarbeit zwischen Jugendgerichtshilfe, Staatsanwaltschaft und Jugendsachbearbeitung bei der Polizei eine schnellere und besser abgestimmte Sanktionierung straffällig gewordener Jugendlicher ermöglicht wird
- eine bessere Verknüpfung bestehender Präventionseinrichtungen und Maßnahmen im vorschulischen und schulischen Bereich
- schon in der Ausbildung von Erziehern/Erzieherinnen und Lehrern/Lehrerinnen verstärkt Kompetenzen zur Gewaltprävention u.a. durch eine verbesserte Diagnosefähigkeit zu erwerben
- bestehende Anti-Gewalt-Projekte in ihrer Arbeit finanziell unterstützen

Wie glaubwürdig ist Stoiber?

Staatsregierung sollte sich hüten, ihre Versäumnisse in der Bildungs- und Integrationspolitik auf dem Rücken von Migrantenkindern auszutragen

Die SPD-Landtagsfraktion nimmt Stoiber beim Wort und fordert Auskunft

über die konkrete Umsetzung seiner Ankündigungen zur Integration von Kindern mit Migrationshintergrund.

Stoiber hatte gesagt, dass künftig alle ausländischen Kinder vor der Einschulung auf ihre Deutschkenntnisse getestet und dafür unter anderem im letzten Kindergartenjahr gezielt gefördert werden sollen. Stoiber ist nur glaubwürdig, wenn er für seine Forderungen auch mehr Geld zur Verfügung stellt. Ohne zusätzliche Mittel kommen wir definitiv nicht weiter“, so Wolfgang Vogel. „Das Bildungssystem ist ohnehin chronisch unterfinanziert.“

Für den SPD-Abgeordneten stellen sich eine Reihe von offenen Fragen zu den Plänen der Staatsregierung:

Ist die Staatsregierung bereit, in einer Sonderfinanzierung oder im Haushalt entsprechende Finanzmittel bereit zu stellen?

Werden für die Sprachförderung mehr Lehrer als bisher eingesetzt?

Sollen Sprachförderlehrer auch in den Kindergärten eingesetzt werden?

Wo sollen die Sprachlernklassen angebunden werden? An Schulen oder Kindergärten?

Was geschieht mit Kindern, die bereits eingeschult sind? Gibt es mehr Sprachlernklassen in Grund- und weiterführenden Schulen?

Wie soll der geplante Sprachtest organisiert werden? Soll er in Kreisverwaltungsbehörden oder in Schulen stattfinden?

Ist die Staatsregierung bereit, auf die geplante Reduzierung von Lehrerplanstellen in Grund- und Hauptschulen zu verzichten?

Vogel hält es für richtig, die Sprachförderung zu intensivieren, allerdings als pädagogische Maßnahme und ohne ordnungspolitischen Druck.

Er warnt davor, Gewalt an Schulen nur als ein Problem von Sprache und Kindern mit Migrationshintergrund zu betrachten. Dies stigmatisiere diese Kinder. Einige von Stoibers Vorschlägen hält Vogel auch schlicht für gefährlich: „Das Zusammenfassen von Kindern mit Migrationshintergrund in Sonderschulen bedeutet Gettoisierung. Das ist das genaue Gegenteil von Integration“, so Vogel.